

Johannes Schrapf.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

22. März 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

die Grundrentendebatte geht munter weiter. Aus CDU und CSU kommen ständig neue Vorschläge. Für unseren Vorschlag erfahren wir große Zustimmung vor allem bei Frauen und in Ostdeutschland. Das ist auch verständlich, denn unser Vorschlag ist einfach und unbürokratisch umsetzbar: Wir wollen, dass alle Versicherten, die 35 Jahre und mehr gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben im Alter mehr haben als Grundsicherung. Das ist nur gerecht! Dazu wollen wir einen eigenen Anspruch in der Rentenversicherung schaffen, der die Lebensleistung jeder Einzelnen und jedes Einzelnen honoriert. Damit zollen wir jahrzehntelanger Arbeit Respekt. Diesen Anspruch soll jede und jeder ohne Antrag und Bedürftigkeitsprüfung von der Rentenversicherung ausgezahlt bekommen, wenn die Anspruchsvoraussetzungen vorliegen. Das unterscheidet uns von der Union. Denn alle Vorschläge der Union haben eins gemeinsam: Sie will Rentnerinnen und Rentner weiterhin zum Amt schicken. Sie sollen zusätzliche Leistungen zu ihrer Rente beantragen müssen, sich Vermögens- und Bedürftigkeitsprüfungen unterziehen. Gemeinsam mit meinen jungen, neugewählten Abgeordnetenkolleg*innen habe ich mich dazu geäußert. Unsere Stellungnahme findet ihr auf meiner Homepage.

Auch wurde in dieser Woche über die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche diskutiert. Die großen Paketdienste müssen die Verantwortung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Branche übernehmen. Profitgier, die zur Aushebelung von Arbeitnehmerrechten und zu Ausbeutung führt, akzeptieren wir nicht. Deswegen nehmen wir die Unternehmen in die Pflicht und weiten die sogenannte „Nachunternehmerhaftung“ aus. Damit sind dann diejenigen, die Aufträge an andere Unternehmen weitergeben, dafür verantwortlich, dass anständige Arbeitsbedingungen herrschen und Sozialabgaben korrekt gezahlt werden. Damit das auch kontrolliert wird, schaffen wir 2.500 zusätzliche Stellen beim Zoll.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer

Johannes Schrapf

Terminauswahl

| 25. März 2019 | 09:00—13:00 Uhr |

EU-Projekttag in Schulen in Bad Pyrmont & Holzminden

| 25. März 2019 | 09:00—13:00 Uhr |

Podiumsdiskussion zum Thema „1 Jahr GroKo“ im
Bürgersaal in Northeim

| 31. März 2019 | 09:00—11:00 Uhr |

Bürgerfrühstück im Dorfgemeinschaftshaus in Kaierde



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Podiumsdiskussion an der KGS in Salzhemmendorf
Besuch der Handelslehranstalt Hameln mit Marja-Liisa Völlers
- Seite 3** — Gandersheimer Domfestspiele
— Besuch bei Dreluso Pharmazeutika
- Seite 4** — Besuch der AEG Schülerfirma
— Diskussion über Europa am AEG
- Seite 5** — Bernd Lange in Bad Münder
- Seite 6** — BSLF Round Table in Hamburg
— Equal Pay Day
- Seite 7** — Themen Bundestag
- Seite 8** — Besuchergruppen in Berlin

Ihr findet mich auch bei:



PODIUMSDISKUSSION IN DER KGS SALZHEMMENDORF



Diskurs zu verfolgen. Neben Klima- und Umweltpolitik und Strategien gegen die Politikverdrossenheit spielte auch der Artikel 13 (Urheberrechtsreform der EU) und Upload-Filter als Themen eine Rolle. Eine super Organisation durch die Schüler*innen, denn durch ein Ampelverfahren wurde die Redezeit überwacht und mit dem Fakten-Checker recherchierten die Schü-

Die KGS Salzhemmendorf hatte zu einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aller im Bundestag vertretenden Parteien eingeladen. Dabei hatten alle Schülerin-

nen und Schüler vom 10. bis 12. Jahrgang die Chance, uns auf den Zahn zu fühlen und mit Blick auf die im Mai anstehende Europawahl den aktuellen politischen

ler*innen unsere Aussagen noch während der Diskussionsrunde. Ein sehr gutes Beispiel für eine lebendige und angeregte Diskussionsrunde.

BESUCH DER HANDELSLEHRANSTALT MIT MARJA-LIISA VÖLLERS

Meine Kollegin Marja-Liisa Völlers aus dem Nachbarwahlkreis Nienburg-Schaumburg war bei mir in Hameln zu Gast. Gemeinsam haben wir uns von Schulleiter Bernd Strahler und Koordinator Björn Lenz das Konzept der der Handelslehranstalt Hameln für die Umsetzung von Digitalisierung an Berufsschulen erläutern lassen. Marja ist unsere Berichterstatte für Digitalisierung im Bildungsbereich. Wir haben sehr viele Eindrücke aus den Besuchen in den Klassen und den Gesprächen mit Schülern und Lehrern mitnehmen können. Mit dem Digitalpakt



wollen wir den Schulen noch einmal ordentlich Geld für die richtige digitale Ausstattung bereitstellen. Dass es für den richti-

gen Einsatz bereits sehr gut Konzepte gibt, davon konnten wir uns in Hameln direkt vor Ort überzeugen.

GANDERSHEIMER DOMFESTSPIELE



In der letzten Sitzungswoche war der Intendant der Gandersheimer Domfestspiele, Achim Lenz, zu Gast in Berlin. Die Gandersheimer Domfestspiele finden alljährlich von Mitte Juni bis Mitte August statt. Die Domfestspiele sind ein fester Bestandteil des kulturellen

Lebens in Südniedersachsen geworden. Gemeinsam mit meinen Kollegen Thomas Oppermann und Johannes Kahrs trafen wir uns mit Herrn Lenz um eine dauerhafte Bundesförderung der Domfestspiele zu besprechen. Zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen

vor Ort leistet Herr Lenz eine hervorragende Arbeit. Die Domfestspiele sind ein Aushängeschild für unsere Region. Wir werden alles dran setzen, dass wir die Gandersheimer Domfestspiele dauerhaft finanziell aus dem Bundeshaus unterstützen.

BESUCH BEI DRELUSO PHARMAZEUTIKA



Das Unternehmen Dreluso Pharmazeutika in Hessisch Oldendorf hat mir bei einem Besuch spannende Einblicke ermöglicht. Gemeinsam mit meinen Landtagskollegen Dirk Adomat und Uli Watermann haben ich mich vor

Ort über die Entwicklung des Unternehmens informiert. Angefangen als Löwen-Apotheke stellt das Unternehmen heute eine breite Palette von homöopathischen Arzneimitteln und Nahrungsergänzungsmitteln her.

Über die spezifischen Möglichkeiten und Probleme der Firma haben wir uns intensiv ausgetauscht und haben auch einen Blick in die Produktion werfen dürfen. Vielen Dank für die Einblicke!

BESUCH DER SCHÜLERFIRMA "ALBERTZ" AM ALBERT-EINSTEIN-GYMNASIUM

Bei meinem Besuch der Schülerfirma des AEG in Hameln konnte ich mich von der tollen Idee von AlbertZ überzeugen. Sie fertigen Federtaschen aus unterschiedlichen Stoffen und personalisieren diese anschließend. Eine zweite Produktlinie wird im Sinne des Upcycling gerade entwickelt. Da eine Schülerfirma keinen Kredit aufnehmen darf, muss das Startkapital durch den Verkauf von Anteilsscheinen erwirtschaftet werden. Ich habe mich sehr gern daran beteiligt und Anteilsscheine erworben, sowie eine Jeans von mir zur Verfügung gestellt. Ein tolles Projekt, dass mich sehr



beeindruckt hat. Deshalb habe ich auch gleich vier Federta-

schen aus meiner alten Jeans gefertigt—in Auftrag gegeben.

UNTERRICHTSBESUCH AM ALBERT-EINSTEIN-GYMNASIUM IN HAMELN



In der Wahlkreiswoche war ich am Freitagmorgen zudem im Politikunterricht im 9. Jahrgang des Albert-Einstein Gymnasiums. Auf Einladung der Klassenlehrerin Frau Borchers habe ich mit den Schüler*innen über Politik im Allgemeinen und die Arbeit eines Abgeordneten gesprochen. Ich war sehr beeindruckt, wie gut informiert die Schüler*innen waren und wie gut sie sich auf meinen Besuch vorbereitet hatten. Schulbesuche sind mir persönlich sehr wichtig und ich nehme auch viele Anfragen der Schulen im Wahlkreis wahr. Es ist mir ein großes Anliegen, den Schüler*innen unser demokratisches System näherzubringen und Sie in ihrer Demokratiebildung zu unterstützen.

BERND LANGE ZU GAST IN BAD MÜNDRER



Eine ausgezeichnete Veranstaltung zur Wertigkeit von Europa und was der Brexit für uns bedeutet wurde von der SPD Bad Münder ausgerichtet. Sie hatte in den Theatersaal am Wall eingeladen und unser Europaabgeordneter Bernd Lange berichtete aus Brüssel und von seiner Arbeit als Vorsitzender des Handelsausschusses im Eu-



ropäischen Parlament. Vor der öffentlichen Veranstaltung gab es gemeinsam mit mir und Bürgermeister Hartmut Büttner noch ein Wirtschaftsgespräch mit heimischen Unternehmern. Es bleibt festzustellen, dass wir in Brüssel und Straßburg ausgezeichnet vertreten werden. Am 26.Mai können wir dazu beitragen, dass es auch so bleibt!



BALTIC SEA LABOUR FORUM (BSLF) IN HAMBURG



Diesen Montag war ich zu Gast beim Round Table des BSLF in Hamburg. Es wurden aktuelle Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten in den Ostseeländern besprochen. Als Delegationsleiter des Deutschen Bundestag für die Ostseeparlamentarierkonferenz habe ich ein kurzes Grußwort gehalten.

Das Baltic Sea Labour Forum ist eine Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren im Bereich der Arbeitsmärkte. Sie führt vor allem Vertreter der Gewerkschaften, Regierungen und Unternehmen

zusammen. Das Baltic Sea Labour Forum wurde 2011 als Ergebnis der Arbeit des Baltic Sea Labour Networks (BSLN) gegründet. Momentan gehören 28 Mitgliedsorganisationen aus acht Ländern zum Baltic Sea Labour Forum.

EQUAL PAY DAY

Auch in diesem Jahr klafft die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern weit auseinander: 21 Prozent verdienen Frauen im Schnitt weniger. Für das gleiche Gehalt wie das der Männer müssten sie umgerechnet 77 Tage länger arbeiten. Der Equal Pay Day am 18. März markiert diesen Zeitpunkt und zeigt auch in diesem Jahr, dass die Betriebe mehr in die Pflicht genommen werden müssen. Frauen verdienen 100 Prozent! Mit dem Entgelttransparenzgesetz wurde der Anfang zur Bekämpfung der Lohnungleichheit gemacht. Seit gut zwei Jahren können Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ihrem individuellen Auskunftsrecht

Gebrauch machen: Sie können überprüfen lassen, ob Kollegen des anderen Geschlechts für die gleiche Tätigkeit mehr Lohn erhalten als sie selbst. Nur wenn über Geld gesprochen wird, kann die Lohndiskriminierung beendet werden. Im Sommer wird die Evaluation des Gesetzes vorgelegt. Dann wird sich zeigen, an welchen Stellen nachgesteuert werden muss. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in der Großen Koalition darauf beharren, die volle Durchschlagskraft für dieses Gesetz zu erreichen. Eine Grundrente, wie sie

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgeschlagen hat, würde für den gerechten Ausgleich der so genannten Gender Pay- und Gender Renten Gaps sorgen – solange, wie die Betriebe ihrer Verantwortung für die gerechte Bezahlung von Frauen und Männern nicht nachkommen.



THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG



Familien stärken

Alle Kinder in Deutschland sollen unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können. Deshalb unterstützen wir mit dem Starke-Familien-Gesetz, das wir diese Woche verabschiedet hatten, gezielt Familien mit kleinem Einkommen. Wir lassen ihnen bessere Leistungen einfacher zukommen. Dazu reformieren wir den Kinderzuschlag und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Wir werden den Kinderzuschlag so erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Das geschieht in zwei Schritten: Im Juli 2019 werden wir den Höchstbetrag für jedes Kind zunächst von bisher 170 Euro auf 185 Euro monatlich anheben. Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld erhalten Eltern dann bis zu 408 Euro pro Monat für

ein Kind. In einem zweiten Schritt wird ab dem 1. Januar 2021 der Höchstbetrag entsprechend dem Existenzminimum angepasst. Für Eltern, die Kinderzuschlag bekommen, soll es sich lohnen, zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Wenn das Familieneinkommen steigt, wird der Kinderzuschlag kleiner– bis es die Familie aus eigenen Kräften nur mit dem Kindergeld schafft, gut über die Runden zu kommen. Wir wollen damit die „harte Abbruchkante“ beim Kinderzuschlag abschaffen und stattdessen ein sanftes Auslaufen der Leistung erreichen. In Haushalten mit Alleinerziehenden soll in Zukunft neben Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltszahlungen auch der Kinderzuschlag gewährt werden.

Damit Kinder nicht in verdeckter Armut aufwachsen, öffnen wir den Kinderzuschlag für Familien, die mit ihrem Einkommen knapp unterhalb der SGB II-Bedarfsgrenze liegen. Außerdem entbürokratisieren wir das Antragsverfahren, indem der Zuschlag zukünftig für sechs Monate gewährt wird. Eltern müssen in diesem Zeitraum den Kinderzuschlag nicht neu beantragen, selbst wenn ihr Einkommen sich

verändert. Neben der Erhöhung der Leistung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket freut mich ganz besonders das kostenlose Schulmittagessen. Der Implus dafür kam nämlich aus dem Weserbergland. Mit ihrer Arbeit für die Abschaffung des 1-Euro-Eigenanteils hat das Forum KinderarMUT aus Uslar ganz entscheidend zur nun bundesweiten Umsetzung beigetragen.

Entwurf eines deutsch-französischen Parlamentsabkommens für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit

Die deutsch-französische Freundschaft ist ein zentraler Baustein für ein friedliches und stabiles Europa. Nach den schmerzhaften Erfahrungen von Krieg und Chaos in Europa, arbeiten Deutschland und Frankreich seit den 1950er-Jahren unermüdlich im Dienste der europäischen Integration und der Vertiefung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale haben deshalb den 55. Jahrestag des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag) zum Anlass genommen, ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen zu erarbeiten. Konkret sieht das Parlamentsabkommen die Gründung einer deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung vor, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten stärken soll.

BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN

20. März 2019



Besuch von der Schule im Hummetal aus Aerzen

22. März 2019



Besuchergruppe aus Hameln

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva,
Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann